

FRANK MÖLLER · ULRICH MÄHLERT (Hrsg.)

Abgrenzung und Verflechtung

Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte

Herausgegeben im Auftrag der
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
und des Deutschlandfunks

 | METROPOL

Bildquelle Umschlag:
Mario Lange, Berliner S-Bahn-Museum.

ISBN: 978-3-940938-03-9

© 2008 Metropol Verlag
Ansbacher Straße 70 · D-10777 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: Offsetdruck Wende GmbH, Berlin

Inhalt

Vorwort	7
I Diskussion	13
NS-Zeit und Kriegserfahrung als gemeinsamer Ausgangspunkt und als Steinbruch der beiden deutschen Gründungserzählungen <i>Ein Gespräch mit Prof. Dr. Norbert Frei, Jena</i>	15
Der Kampf um „Frieden“ und „Freiheit“ in der Systemrivalität des Kalten Krieges <i>Ein Gespräch mit Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel, Tübingen</i>	29
Mentalitätsumbruch und Wertewandel in Ost- und Westdeutschland während der 60er- und 70er-Jahre <i>Ein Gespräch mit Prof. Dr. Edgar Wolfrum, Heidelberg</i>	43
Der ökonomische Strukturwandel der 70er- und 80er-Jahre und die Rolle von Wissenschaft und Technik im Systemkonflikt <i>Ein Gespräch mit Prof. Dr. Ralph Jessen, Köln</i>	61
Gemeinsame Wurzeln und getrennte Wege deutscher Sozialstaatlichkeit <i>Ein Gespräch mit Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, München</i>	75
1989/90: Der „Abschied vom Provisorium“ und die Perspektiven einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung <i>Ein Gespräch mit Prof. Dr. Andreas Wirsching, Augsburg</i>	91
Vergangenheitsaufarbeitung und Erinnerungskultur nach 1989 im europäischen Kontext <i>Ein Gespräch mit Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Bochum</i>	107

II Dokumentation 121

ULRICH MÄHLERT · MANFRED WILKE

Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989 123

JÜRGEN KOCKA

Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung

Hermann Weber zum 75. Geburtstag 143

HENRIK BISPINCK · DIERK HOFFMANN · MICHAEL SCHWARTZ ·

PETER SKYBA · MATTHIAS UHL · HERMANN WENTKER

DDR-Forschung in der Krise?

Defizite und Zukunftschancen –

Eine Entgegnung auf Jürgen Kocka 153

THOMAS LINDENBERGER · MARTIN SABROW

Zwischen Verinselung und Europäisierung:

Die Zukunft der DDR-Geschichte 163

HENRIK BISPINCK · DIERK HOFFMANN · MICHAEL SCHWARTZ ·

PETER SKYBA · MATTHIAS UHL · HERMANN WENTKER

Die Zukunft der DDR-Geschichte

Potenziale und Probleme zeithistorischer Forschung 171

Die Autoren 203

Vorwort

Deutsche Nachkriegsgeschichte wurde noch bis vor wenigen Jahren vorwiegend als voneinander getrennte Geschichte zweier deutscher Teilstaaten geschrieben. Entsprechend fanden sich in den gesamtdeutschen Geschichtsdarstellungen die Kapitel zur DDR und zur Bundesrepublik meist unverbunden nebeneinander gestellt. Versuche einer Verzahnung blieben die Ausnahme. Die Ursache dafür liegt ebenso in konzeptionellen und methodischen Schwierigkeiten wie auch in der lange Zeit währenden Asymmetrie des Zugangs zu den notwendigen Archivalien.

Gleichwohl haben in den vergangenen Jahren Bemühungen zugenommen, diese methodisch verengte deutsch-deutsche Geschichtsschreibung aufzubrechen und damit der getrennten Entwicklung beider deutscher Teilstaaten ebenso gerecht zu werden wie ihren gegenseitigen Verflechtungen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Lesart der westdeutschen Historie als lineare Erfolgsgeschichte eines „langen Weges nach Westen“ (Heinrich August Winkler) sowie ihres östlichen Pendant als reine Misserfolgsgeschichte des „SED-Staates“ in ihrer einfachen Dichotomie die Komplexität von Politik und Lebenswirklichkeiten zu sehr einebnen und daher kaum befriedigen kann.

Der Weg von der geteilten deutschen Geschichtsbetrachtung hin zu einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ (Christoph Kleßmann) ist allerdings leichter proklamiert als beschritten. Die Jahrzehnte der deutschen Teilung spiegeln sich nicht nur in den zeithistorischen Erzählungen, sondern auch in der Forschungslandschaft, die sich mit der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte befasst. Seit den 1950er-Jahren hat sich in der Bundesrepublik eine eigenständige „DDR-Forschung“ herausgebildet, die vor und seit 1989 nur wenig mit ihren eigentlichen „Mutterdisziplinen“ verbunden war und ist. Nicht zuletzt deshalb beklagte Jürgen Kocka im Jahr 2003 eine fortgesetzte „Verinselung“ der DDR-Forschung und konstatierte, dass sie nur

dann an wissenschaftlicher und intellektueller Relevanz gewinnen könne, wenn es ihr stärker als bis dahin gelänge, „ihre Fragen und Antworten mit anderen Erinnerungs- und Forschungsbereichen in Verbindung zu setzen, mit den großen Fragen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts – sei es vergleichend, sei es durch Verflechtungsgeschichte“.

Anlass für Kockas kritische Anmerkungen war das Erscheinen der Festschrift „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung“, welche die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur dem Nestor der deutschen Kommunismus- und DDR-Forschung Hermann Weber zum 75. Geburtstag gewidmet hatte. Kockas Wortmeldung hat eine zwar kurze, inhaltlich jedoch ausgesprochen substantielle Kontroverse nach sich gezogen, in deren Verlauf Thomas Lindenberger und Martin Sabrow vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung ebenfalls betonten, dass „die vierzigjährige Teilung des deutschen Nationalstaats [...] einer deutschen Zeitgeschichte in europäischer Perspektive einen einzigartigen Zugang zur Doppelgeschichte des Kontinents während des Kalten Krieges“ bieten könne. Demgegenüber warnten Vertreter des Instituts für Zeitgeschichte – unter ihnen Hermann Wentker und Michael Schwartz – davor, dass ein isolierter Blick auf die DDR zwar das Risiko beinhalte, „den Blick für größere Zusammenhänge“ zu verlieren, dass aber derjenige, der „nur noch vergleicht“, Gefahr laufe, „die DDR selbst aus dem Blick zu verlieren“. Ihr ausführlich begründetes Plädoyer für einen „integrativen politikgeschichtlichen Untersuchungsansatz“, der die DDR als Forschungsgegenstand „zuallererst selbst ernst nimmt“ und außerdem zahlreiche konkrete Anregungen für weitere Forschungsanstrengungen vermittelte, blieb damals unwidersprochen. Und mittlerweile hat sich in der Zunft der Konsens herausgebildet, dass die im doppelten Wortsinne geteilte deutsche Nachkriegsgeschichte stärker integrativ betrachtet werden sollte.

Die von Jürgen Kocka angestoßene und von anderen weitergeführte Debatte, die wir im Zweiten Teil des vorliegenden Bandes dokumentieren, bildete auch den Hintergrund für Überlegungen innerhalb des Deutschlandfunks, Themen und Forschungsfelder näher auszuloten, die besonders geeignet erscheinen, in einer gesamtdeutschen Perspektive betrachtet und erforscht zu werden. Ende 2007 konkretisierten sich die Vorüberlegungen in sechs Gesprächen mit renommierten Zeithistorikern, die der Sender schließlich in der Reihe „Essay und Diskurs“ ausstrahlte. Diese sechs Gespräche wurden anschließend überarbeitet und für die vorliegende Druckfassung an

einigen Stellen erweitert. Ihr Gesprächsduktus wurde bewusst beibehalten. In ihrer Gesamtheit folgen sie einer chronologischen wie auch thematischen Ordnung und bilden den Kern der vorliegenden Publikation.

Den gemeinsamen Ausgangspunkt für beide deutsche Staaten bilden die Zeit des Nationalsozialismus, die Kriegserfahrung und der Systemzusammenbruch. Wie diese Erfahrungen verarbeitet und zur Grundlage sehr unterschiedlicher Staatsverständnisse gemacht wurden, darum kreist das erste Gespräch mit *Norbert Frei*, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Leiter des Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Im Jahr 1947 treten im Zuge der Verhandlungen über die Deutschlandfrage die Differenzen zwischen den Alliierten immer deutlicher zutage. Die westlichen Alliierten wie auch die Sowjetunion beanspruchen für sich, ein Ordnungskonzept zu besitzen, das Anwendung auf die ganze Welt finden kann und soll. Die Folge davon ist die Teilung der Welt in zwei Lager, ist der Beginn des Kalten Krieges als Machtkonflikt und ideologischer Streit. Unter den Leitbegriffen „Frieden“ und „Freiheit“ wird die Systemrivalität zwischen den verfeindeten Seiten ausgetragen und erreicht ihren Höhepunkt in den 50er-Jahren. Welche Ausformungen diese Auseinandersetzung für die DDR und für die Bundesrepublik zeitigte, darum geht es in dem Gespräch mit *Anselm Doering-Manteuffel*, Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte und Direktor des Seminars für Zeitgeschichte an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

Als die Jahrzehnte des gesellschaftlichen Umbruchs schlechthin gelten die 60er- und 70er-Jahre. Das obrigkeitsstaatliche Denken erodiert, bis dahin verbindliche Werte bröckeln, Mentalitäten verändern sich. Um die Frage, in welcher Weise sich dabei Partizipationsbegehren und Politisierungen in Ost und West ausprägen, geht es in dem Gespräch mit *Edgar Wolfrum*, Professor für Zeitgeschichte an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Die 70er- und 80er-Jahre sind Jahrzehnte des Strukturwandels. Die Ölpreiskrise des Jahres 1973 markiert sowohl für die Bundesrepublik als auch für die DDR eine deutliche Zäsur, auch wenn sich diese im Osten erst zeitversetzt niederschlägt. Der Fortschrittsoptimismus in West und Ost bekommt deutliche Risse. Zu welchen politischen und ökonomischen Einsichten die Ölpreiskrise die beiden deutschen Teilstaaten schließlich zwingt, und mit welchen Strategien und Mitteln versucht wird, den unausweichlichen

Strukturwandel zu bewältigen, davon handelt das Gespräch mit *Ralph Jessen*, Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität zu Köln.

Die Ausbildung sozialstaatlicher Instrumente und Einrichtungen spielte für beide deutsche Staaten eine erhebliche Rolle bei der Befriedung der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse. Ihre gemeinsamen Wurzeln liegen in der Bismarck-Zeit und in den Jahren der Weimarer Republik. Die Frage, welche Varianten es mit welchen Konsequenzen bei der Schaffung sozialer Sicherheit im industriellen Zeitalter gibt, lässt sich im Systemvergleich Bundesrepublik – DDR besonders anschaulich herausarbeiten. Am Beispiel der Arbeitsverfassung und -organisation sowie der staatlichen Gesundheitsorganisation in Ost und West nimmt *Hans Günter Hockerts*, Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, dazu Stellung.

Im Mittelpunkt des abschließenden Gespräches stehen Fragen der Deutschlandpolitik und die Ereignisse der Jahre 1989/90. Es geht um den „Abschied vom Provisorium“ der beiden deutschen Teilstaaten und um die Perspektiven einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung. Dabei wird auch die westdeutsche DDR-Forschung der vergangenen Jahrzehnte einer kritischen Betrachtung unterzogen. Gesprächspartner ist *Andreas Wirsching*, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg.

Aus thematischen Gründen wurde den sechs Deutschlandfunk-Gesprächen noch ein weiteres angefügt, das zu diesem Zweck gesondert geführt wurde. Es widmet sich den konträren Formen, mit denen die beiden deutschen Staaten ihre gemeinsame NS-Geschichte museal inszeniert haben. Beschrieben werden dabei Konflikte, die sich nach der Wiedervereinigung bei dem Versuch ergeben mussten, zu einer gesamtdeutschen Erinnerungskultur zu gelangen; insbesondere die Gedenkstätten mit doppelter Diktaturvergangenheit stellte die Frage nach deren angemessener musealer Aufarbeitung vor große Herausforderungen. Darüber hinaus geht es in dem Gespräch darum, welche Konsequenzen der europäische Einigungsprozess mit der Öffnung nach Osten für die Vergangenheitsaufarbeitung und für die gesamtdeutsche Erinnerungskultur haben könnte. Gesprächspartner ist *Bernd Faulenbach*, Professor für Neuere Zeitgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum, der in den vergangenen Jahren zahlreiche Funktionen im Grenzbereich von

Wissenschaft, Politik und politischer Bildung wahrgenommen hat, an der Überarbeitung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der ehemaligen DDR maßgeblich beteiligt war und seit 1998 stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist.

Die Herausgeber haben sich dazu entschlossen, im Anschluss an die aktuellen Deutschlandfunk-Gespräche auch die wesentlichen Debattenbeiträge der Jahre 2003 und 2004 über das Für und Wider einer europäisch vergleichenden DDR-Forschung noch einmal in diesem Band zu dokumentieren und damit verfügbar zu halten. Eingeleitet wird der dokumentarische Teil durch einen Beitrag von Ulrich Mählert und Manfred Wilke, der die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte seit 1989 rekapituliert und deutlich macht, mit welchen außerwissenschaftlichen, insbesondere politischen Herausforderungen die DDR-Forschung in den vergangenen zwei Jahrzehnten konfrontiert war.

Der vorliegende Sammelband, der rechtzeitig zum zehnten Jahrestag der Gründung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erscheint, wird im Auftrag der Stiftung wie auch des Deutschlandfunks herausgegeben. Er soll Impulse für künftige Forschungsanstrengungen geben, die der deutschen Nachkriegsentwicklung gewidmet sind. Dass er zustande kommen konnte, ist nicht zuletzt Sabine Küchler und Thomas Zenke vom Deutschlandfunk zu verdanken, von denen die Idee zu der Gesprächsreihe ausging; ein Dankeschön auch an Norbert Seitz, ebenfalls Deutschlandfunk, der sich für die Kooperation mit der Bundesstiftung Aufarbeitung eingesetzt hat. Hans Günter Hockerts ist für seine Anregung zu danken, die Rundfunkgespräche in Buchform zu bringen; die Bundesstiftung wie auch der Deutschlandfunk sind ihr gerne gefolgt. Und schließlich ist – last but not least – den Autoren bzw. dem Deutschland Archiv und den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte Dank zu sagen für die Abdruckgenehmigung der dokumentierten Debattenbeiträge.

Köln/Berlin im Juni 2008

Frank Möller
Ulrich Mählert

NS-Zeit und Kriegserfahrung als gemeinsamer Ausgangspunkt und als Steinbruch der beiden deutschen Gründungserzählungen

Ein Gespräch mit Prof. Dr. Norbert Frei, Jena

MÖLLER: Herr Frei, ich möchte zu Beginn unseres Gesprächs zunächst einmal auf die Ausgangssituation unmittelbar nach Kriegsende eingehen. Da fällt auf, dass der Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ von einem ganz überwiegenden Teil der Deutschen nicht als Befreiung von der NS-Herrschaft, sondern als Katastrophe und als Niederlage verstanden wurde. Worin genau bestand für die Mehrheit der Deutschen die traumatische Wirkung dieses Systemzusammenbruchs?

FREI: Mit dem Begriff „Zusammenbruch“ haben Sie das zeitgenössisch tatsächlich wohl am häufigsten benutzte Wort ins Spiel gebracht. Die Vorstellung, dass etwas auf katastrophale Weise zu Ende gegangen ist, war vorherrschend. Und was damals schlagartig zusammenbricht, ist natürlich auch die Anstrengung, die die übergroße Mehrheit der Deutschen bis in die allerletzte Kriegsphase hinein aufbringt: die Anstrengung, sich den äußeren Feinden entgegenzustemmen. Diese Anstrengung war auch ein Ergebnis der hochgradigen Integrationskraft des Nationalsozialismus, was dann dazu führt, dass sich mit dem abrupten Ende am 8. Mai 1945, mit dieser totalen Niederlage, das Bewusstsein für ein wirkliches, für ein „totales“ Ende sehr stark entfaltet. Der Vorstellung, dass das Ende des Nationalsozialismus faktisch eine Befreiung gewesen ist, nähern sich die allermeisten Deutschen erst sehr viel später an. Normativ wird diese Lesart im Grunde genommen erst mit der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 aus Anlass des 40. Jahrestags der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Aber 1945 bleibt

die Erfahrung vom Ende des Nationalsozialismus als Befreiung mehr oder weniger auf die im engeren Sinne bisher Verfolgten, auf die Überlebenden des Holocaust, die Insassen der Konzentrationslager und die politisch Verfolgten in den Zuchthäusern des Regimes beschränkt.

MÖLLER: Die Deutschen wurden sehr bald nach Kriegsende von den Alliierten mit den ungeheuren Verbrechen konfrontiert, die von Deutschland ausgegangen waren: mit der systematischen Vernichtung der europäischen Juden und anderer Opfergruppen bis hin zu den zahlreichen Kriegsverbrechen, die von der Wehrmacht, der SS und von Einsatzgruppen vorwiegend im Osten, aber auch in Frankreich, Italien und Griechenland verübt worden waren. Internationale Beobachter, wie z. B. Hannah Arendt, waren dabei immer wieder erstaunt über das geringe Maß an Schuldgefühlen und über den eklatanten Mangel an Empathie mit den Überlebenden aus den Konzentrationslagern, den Folterkellern, den Zwangsarbeiterlagern. Wie lassen sich das Selbstverständnis und das Weltbild beschreiben, das dieser Gefühlskälte und Abwehr von Schuld und persönlicher Verantwortung zugrunde lag?

FREI: Das hat natürlich sehr viel damit zu tun, dass mit der Totalität der Niederlage und der alliierten Politik der Schuldkonfrontation neben Ängsten und Schuldempfindungen auch Schuldvorwurfsempfindungen verbunden waren. Denken Sie etwa an die Tatsache, dass nicht weit von hier, in Buchenwald, die Weimarer Stadtbevölkerung unmittelbar nach der Befreiung des Konzentrationslagers durch das Lager geführt worden ist. Ähnliche Szenen hat es an vielen Orten in Deutschland gegeben. Und es gab ja auch Plakate mit der Aufschrift „Das ist Eure Schuld!“, die deutlich gemacht haben, dass man die Deutschen für politisch haftbar hielt. Eine ganz andere Frage ist, ob sich daraus dann – und ich würde das verneinen – die These eines Kollektivschuldvorwurfs erhärten lässt, die in der deutschen Bevölkerung in den 50er-Jahren eine große Rolle gespielt hat. Aber das einmal beiseite gelassen, ist die Stimmung in dieser frühen Nachkriegsphase auch die einer gewissen Angst gegenüber alliierten Reaktionen. Insofern ist das Bestreben, sich möglichst schnell pauschal vom Nationalsozialismus und den damit verbundenen Verbrechen zu distanzieren, zumindest nachvollziehbar. Das ist im Übrigen ja auch Ziel der alliierten Politik: die Trennung der Deutschen vom Nationalsozialismus und von seinen ideologischen Implikationen. Und insofern ist

mit Hannah Arendts Erfahrung, dass niemand mehr ein Nazi gewesen sein wollte, dann auch beides verbunden: die Angst vor denjenigen, die Rechenschaft fordern, und die individuell so verstandene Notwendigkeit, sich aus dem Kontext des NS-Regimes herauszuerklären. Das mündete dann in der kollektiven Abwehr und in der Erklärung, man habe ja mit allem nichts zu tun gehabt, man sei kein Nazi gewesen, und die „wirklichen Nazis“ waren immer die anderen. Dahinter steckt das durchaus verbreitete Bewusstsein, mitgemacht zu haben, auch als kleiner Mitläufer, und auf die eine oder andere Weise eben doch korruptiert bzw. in die Taten dieses verbrecherischen Regimes verstrickt gewesen zu sein. Das alles muss im Laufe dieser frühen 50er-Jahre gleichsam derealisiert werden. Das ist auch der Begriff, mit dem Alexander und Margarete Mitscherlich sehr viel später dieses Verhalten beschreiben. Ihr berühmtes Buch „Die Unfähigkeit zu trauern“ – wie es im Untertitel heißt: eine Untersuchung der „Grundlagen kollektiven Verhaltens“ – erscheint erst 1967.

MÖLLER: Das von Ihnen skizzierte Selbstverständnis und die damit verbundenen mentalen Dispositionen gehören zu den Ausgangsbedingungen, mit denen auch die politische Gründergeneration rechnen musste, als sie in der Sowjetischen Besatzungszone und in den Westzonen – zunächst noch unter alliierter Kontrolle – daran ging, wieder ein funktionierendes Staatswesen aufzubauen. Was war der historische Bezugspunkt dieser Gründergeneration bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus? Auf welche Interpretationsmuster von Nationalsozialismus beziehungsweise von Faschismus konnte sie sich stützen?

FREI: Mit „Gründergeneration“ deuten Sie ja schon an, dass es sich um eine Generation älterer Politiker handelt, die jetzt wieder ins Spiel kommt. Das ist in beiden Teilen Deutschlands die Generation derer, die bereits in der Weimarer Zeit politische Verantwortung hatten, sei es auf der Linken, sei es in der bürgerlichen Mitte, sei es in der Sozialdemokratie. Denken Sie an Kurt Schumacher, Konrad Adenauer, Theodor Heuss; aber dann eben auch in der DDR: Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck. Ihr gemeinsamer Bezugspunkt ist über alle ideologischen Fundamentalunterschiede hinweg das Stichjahr 1933, also der Systembruch, das Ende von Weimar. Und mit dieser politischen Generation verbunden ist – mit unterschiedlichen Deutungen zwar, aber vom Konzept her erst einmal auffällig parallel – die Erfahrung der Manipulierbarkeit der

Massen und das Gefühl der Verantwortung der politischen Eliten für das „Versagen“ oder für das Ende der Weimarer Demokratie. Wobei die Kommunisten ihr gerüttelt Maß zu diesem Ende der von ihnen ja so nicht gewollten parlamentarischen Demokratie durchaus beigetragen hatten. Aber die Vorstellung, dass die Massen formbar und manipulierbar sind und dass es jetzt darauf ankomme, sie für die neue Zeit nach dem 8. Mai 1945 an die Hand zu nehmen – man könnte fast sogar sagen: an die Kandare zu legen –, das ist ein Verständnis, das die politische Führungsgeneration in Ost und West über die ideologischen Grenzen hinaus verbindet.

MÖLLER: Dann leitet sich daraus vermutlich auch der autoritäre Habitus und das oft wenig demokratische Auftreten dieser politischen Führungsgeneration ab.

FREI: Ganz sicher, da haben Sie völlig recht. Das waren autoritäre Knochen – auf allen Seiten. Das waren Leute, die, auch wenn sie zum Teil schon relativ alt waren, in der festen Überzeugung lebten, dass ihre Stunde jetzt noch einmal gekommen sei, dass die Deutschen sie dringend benötigten, nachdem viele der vor und nach ihnen Geborenen so eklatant versagt hatten. Es ist sehr interessant, wie etwa der damals siebzigjährige Konrad Adenauer, um ein Beispiel aus dem Westen in den Blick zu nehmen, die Situation im Frühjahr 1946 beschreibt. Ich habe mir das entsprechende Zitat, das sich in einem privaten Brief findet, noch einmal herausgesucht. Er schreibt also: „Das ist ja überhaupt das Verhängnis für Deutschland, daß die alte Generation überall an die Spitze muß. Die mittlere Generation fällt nahezu vollständig aus, weil sie in der Partei war. Die junge Generation ist nicht urteilsfähig, weder in politischer noch einer sonstigen Hinsicht. Sie muß völlig umerzogen werden.“ Mit Letzterem spielt er auf die sogenannte Flakhelfer-Generation an, die in der NS-Zeit sozialisiert worden war und die er 1945/46 noch nicht gebrauchen, auf die er aber vielleicht in der Zukunft hoffen kann. Die mittlere Generation ist aus seiner Sicht die Generation Kiesinger. Das ist die Funktionsgeneration des „Dritten Reiches“, das sind diejenigen, die 1933 jung genug waren, um im Nationalsozialismus auf den unterschiedlichen funktionalen Ebenen Karriere zu machen. Und diese Generation ist aus seiner Perspektive auf lange Sicht völlig unbrauchbar. Ergo ist jetzt die „Stunde der alten Männer“ gekommen.

MÖLLER: Das ist eigentlich ein bemerkenswert klarer Blick auf die damalige Situation. Und ein bemerkenswert früher Blick dazu ...

FREI: Adenauer schreibt sich damit natürlich auch wieder in die Politik hinein, und eigentlich definiert er, dass die Deutschen nur auf ihn gewartet haben. Aber, das muss man sagen, er nähert sich diesen Dingen in sehr klaren Worten; übrigens auch, was die Frage des Mitmachens der Deutschen und der Eliten im Nationalsozialismus betrifft, etwa auch der Kirchen. In all diesen Bereichen ist er in seinen frühen privaten Briefen von glasklarer Nüchternheit und Emotionslosigkeit.

MÖLLER: Wenn wir davon ausgehen, dass nach 1945 in Ost und West ein Kontinuitätsbruch mit dem Nationalsozialismus vollzogen worden ist, dann liegt ein wesentlicher Aspekt dieses Bruchs darin, dass in beiden deutschen Staaten eine für viele Zeitgenossen konsensfähige Integrationsideologie offeriert werden konnte. Im Westen war das der Anti-Totalitarismus, das östliche Pendant dazu war der Antifaschismus. Vielleicht zunächst mal zum Westen: Worauf beruhte der Anti-Totalitarismus, woraus wurde er gespeist?

FREI: Es gibt natürlich eine ältere Tradition, auf die man sich hier berufen kann: auf den Antibolschewismus und die damit verbundene Bolschewismus-Furcht. Wichtig ist in dem Zusammenhang aber vor allem, dass die Vorstellung vom Totalitarismus – und dann eben, als die aufgeklärte westliche Perspektive: die antitotalitäre Haltung – auch als eine Art Entlastungskonzept funktioniert. Entlastung dahingehend, dass sich die Menschen unter totalitären Verhältnissen kaum gegen ein Regime zur Wehr setzen können. Und in dem Maße, in dem man den Nationalsozialismus als die überwundene totalitäre Bedrohung darstellt, hat man zum einen ein Moment der Entlastung für die eigene Volksgemeinschaft, und zum anderen hat man mit dem Totalitarismuskonzept gewissermaßen die aktuelle, gegenwärtige Bedrohung durch den östlichen Totalitarismus angesprochen – ein in dieser Phase also ausgesprochen nützliches Instrument zur Integration. Darüber hinaus ist es aber auch eine Art Vorkredit für die Selbstintegration Westdeutschlands in die sogenannte westlich-abendländische Wertegemeinschaft. Von da ist es auch nicht weit zu den Abendland-Vorstellungen, die im christlich-konservativen Milieu der frühen Nachkriegszeit eine wichtige Rolle gespielt haben.

MÖLLER: In welcher Weise äußert sich diese Ideologie denn dann in der politischen und gesellschaftlichen Praxis und Kultur Ende der 40er- und im Verlauf der 50er-Jahre – im Positiven wie im Negativen?

FREI: Im Positiven kann man sagen, dass es jetzt eine klare Frontstellung gegen Diktaturen jedweder Art gibt, egal ob „braun oder rot“; das sind ja auch die Formulierungen. Das ist bei Kurt Schumacher übrigens gar nicht so viel anders als bei den Konservativen. Er spricht ja von den Kommunisten als den „rotlackierten Faschisten“ und hat einen betont nationalen, um nicht zu sagen nationalistischen Standpunkt. Es ist eine klare Frontstellung gegenüber dem überwundenen Nationalsozialismus einerseits und gegenüber der fortbestehenden Bedrohung aus dem Osten andererseits, die dieses westliche Konzept verspricht. Außerdem hat die Festlegung auf den Anti-Totalitarismus natürlich auch die indirekte Wirkung, dass damit die Bestätigung der Demokratie und die Zuwendung zur Demokratie festgeschrieben werden. Nach innen hat das Totalitarismuskonzept allerdings auch ein Moment besonderer Rigidität, etwa im Umgang mit der damals noch nicht verbotenen Kommunistischen Partei und bei der Behandlung der Frage, wie man sich hinsichtlich der Wiedergutmachung für Kommunisten, die während des Nationalsozialismus verfolgt wurden, verhalten soll.

MÖLLER: Kommen wir zur SBZ bzw. zur DDR. Zur Integrationsideologie, ich hatte das ja schon kurz angetippt, wurde von den sowjetischen Besatzern der Antifaschismus erhoben. Welche Auffassung lag dem zu Grunde?

FREI: Eigentlich immer noch die klassische Dimitroff-Formel aus den 30er-Jahren, die den Faschismus als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ bestimmte. Also eine Herrschaftsform, die gleichsam am Ende der bürgerlichen Demokratie steht. Entscheidend ist, dass der Faschismus nach diesem Verständnis ausschließlich als kapitalistisches Elitenprojekt zu verstehen ist und sich die Frage nach der Schuld des „kleinen Mannes“ nicht mehr stellt. Eine solche Antifaschismus-Ausrichtung der SBZ und frühen DDR war als Entlastungsideologie natürlich äußerst attraktiv, und es war kein großes Problem, sie den vormaligen deutschen Volksgenossen, die jetzt zu Genossen im Sozialismus werden sollten, als Transformationsformel schmackhaft zu machen.

MÖLLER: Der Antifaschismus bildet dann auch den Kern der späteren Gründungserzählung der DDR. Kurz gefasst besagt die, dass die DDR eine durch den Zusammenschluss aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte des geschlagenen „Dritten Reiches“ entstandene Gesellschaft sei, in der die Wurzeln des Nationalsozialismus endgültig beseitigt wurden. Woraus bezog dieser Gründungsmythos seine Legitimation und seine Plausibilität?

FREI: Zum einen aus der Tatsache, dass die Kommunisten darauf verweisen konnten, dass sie in der Weimarer Zeit (wenn man nicht gerade an den BVG-Streik von 1932 denkt) konsequent gegen die Nationalsozialisten angetreten waren. Der antifaschistische Kampf taucht hier also als Bestandteil einer Traditionslinie auf, die in die Weimarer Zeit zurückführt. Dabei wird allerdings verschwiegen, dass dies zu Lasten der bürgerlichen Demokratie, der Weimarer Demokratie gegangen ist. Das ist das eine Element. Darüber hinaus muss man sehen, dass die politische Säuberung, die Entnazifizierung im Bereich der SBZ zu Beginn mit großer Rigorosität vollzogen wurde. Mit anderen Worten: Diejenigen, die nicht ohnehin schon angesichts der kommunistischen Bedrohung, vor der Roten Armee oder dann vor dem sich bildenden sozialistischen System als „bürgerliche Kräfte“ und möglicherweise auch als nazistisch kompromittierte Kräfte gegangen waren, die werden deklaratorisch und dann auch in vielen Bereichen wirklich effektiv an die Seite gestellt. Insofern hat dieser Antifaschismus der frühen DDR durchaus auch seine materielle Basis gehabt und sich seine Legitimation erworben. Tatsache ist aber auch, dass von der Schuld der „kleinen Leute“, der sogenannten Mitläufer, schon sehr schnell keine Rede mehr ist. Während Ulbricht – übrigens ähnlich wie Adenauer – 1945 noch über die tiefe Integriertheit der Masse der Volksgenossen in den Nationalsozialismus redet und davon innerlich wohl auch weiterhin überzeugt bleibt, ist das später überhaupt kein Thema mehr.

MÖLLER: Im Grunde fand eine Exkulpation der „kleinen Leute“ im großen Stil statt.

FREI: Das kann man für die DDR ganz sicher so sagen. Der Blick auf die Bundesrepublik zeigt dann aber auch deutlich, wie sich solche Reintegrationsprozesse – nach der von den Alliierten verordneten Phase der Säuberungspolitik – zeitlich parallel vollzogen haben.

MÖLLER: Ich möchte jetzt noch einmal auf den Aspekt der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen zu sprechen kommen. Wie konsequent wurde die in den westlichen und östlichen Besatzungszonen durchgesetzt? Und wie reagierte die Mehrheitsgesellschaft in den jeweiligen Zonen darauf?

FREI: Man kann ganz allgemein sagen, dass weder im Westen noch im Osten Deutschlands die politische Säuberung – Entnazifizierung, Internierung, Militärgerichtsverfahren und dann auch die spätere juristische Auseinandersetzung – populär gewesen ist. Das ist ein Generalbefund. Ich möchte aber auch einen starken Akzent gegen die Vorstellung setzen, dass das, was in den Jahren zwischen 1945 und 1949 vor allem nach Maßgabe und unter dem Druck der Alliierten an politischer und strafrechtlicher Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eingeleitet wurde, am Ende als schlicht gescheitert anzusehen ist. Das ist zwar auch in der Geschichtswissenschaft lange so dargestellt worden. Ich denke aber, dass die mittel- und langfristigen Wirkungen dieser Phase von großer Wichtigkeit gewesen sind, und dies trotz aller Unzulänglichkeiten, auch trotz aller Ungerechtigkeiten, die es gegeben hat, und ebenso trotz allen neuen Unrechts, das es dann in der DDR gab, Stichwort: Internierungslager. Oder anders gesagt: Die Tatsache, dass später eine Phase, die ich für den Westen Deutschlands als die Phase der Vergangenheitspolitik bezeichnet habe, also der Reintegration der „Ehemaligen“, stattfindet und sich ganz ähnliche Phänomene auch in der DDR beobachten lassen, das ist das eine; aber das fußt doch eben ganz entscheidend auf der vorangegangenen Erfahrung der normativen Abgrenzung und der Grenzmarkierung gegenüber dem Nationalsozialismus, die die Alliierten initiiert haben. Insofern halte ich diese Phase für bedeutsamer, als sie manchmal angesehen wird.

MÖLLER: Ab 1949 setzt im Westen eine Welle von Amnestierungen ein. Insbesondere im Beamtenapparat, bei Militär und Justiz sind die personellen Kontinuitäten im Rückblick unübersehbar. In den 50er-Jahren wurden sie allenfalls von einer Minderheit kritisiert und sind erst sehr viel später analysiert und beschrieben worden. Für die Opfer des Nationalsozialismus bedeutete der oft laxer Umgang mit den Tätern eine weitere Demütigung; Ralph Giordano hat in dem Zusammenhang nach meiner Auffassung völlig zu Recht die Formel von der „Zweiten Schuld“ geprägt.

Was aber auch feststeht, ist, dass die Mehrheit des angesprochenen Personenkreises – im Unterschied zu Weimar – erstmals bereit war, einem demokratischen Staat und seinen Normen zumindest nicht mehr massiv entgegenzuarbeiten. Insofern gab es neben dem starken Element der personellen Kontinuität auch einen Kontinuitätsbruch. Wie würden Sie den Umgang mit den Tätern aus heutiger Sicht werten? War er der notwendige Preis, der für den Aufbau der Demokratie zu zahlen war?

FREI: Der laxer Umgang mit den Tätern – wenn mit Tätern tatsächliche Mörder, Verbrecher und am Holocaust Beteiligte gemeint sind – hat ganz sicher nicht zur Stabilisierung der Demokratie beigetragen. Deswegen sind auch die frühen und mittleren 50er-Jahre unter diesem Gesichtspunkt die trübste Phase der Auseinandersetzung bzw. Nicht-Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland. Aber dass andererseits nach der Phase der Entnazifizierung, der politischen Säuberung und dem Beiseitstellen der ehemaligen Nationalsozialisten dann auch deren Reintegration einsetzt und der Versuch unternommen wird, diejenigen für die neue Staatsform zu gewinnen, die „nur“ politisch geirrt hatten, das ist demokratietheoretisch und -politisch völlig nahe liegend. Das wurde im Übrigen auch damals eigentlich schon von allen Parteien so gesehen, die natürlich auch ihre Wählerpotenziale bei den „Ehemaligen“ erkannt hatten. Die entscheidende Frage ist aber, wie weit man bei den Integrationsangeboten gehen musste: wie weit an die politischen Ränder oder sogar über die Ränder hinaus. Und da ist in der volksgemeinschaftlichen Stimmung der frühen 50er-Jahre, die sich gegen eine vermeintliche alliierte Siegerjustiz und gegen eine fälschlicherweise unterstellte Kollektivschuldthese lautstark zur Wehr gesetzt hat, ganz sicher in vielerlei Hinsicht das Notwendige und Erträgliche überschritten worden. Und dies übrigens gerade auch unter Beteiligung und entsprechender Orchestrierung durch die Kirchen. Wenn man etwa daran denkt, dass noch Anfang der 50er-Jahre die Volksseele geradezu kochte, weil der amerikanische Hohe Kommissar John McCloy nicht bereit war, wirklich sämtliche in Landsberg am Lech einsitzenden, rechtskräftig verurteilten Kriegsverbrecher freizulassen und gar die Ausführung einiger weniger Todesurteile noch anordnete, dann wird klar, wie politisch-moralisch verwirrt, man kann auch sagen: wie ethisch verwaorlost beträchtliche Teile der post-nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft damals

noch waren. Hier hätten die demokratischen Parteien, Regierung wie Opposition, eine klarere Haltung einnehmen können und müssen. Stattdessen hat man sich mehr oder weniger darauf beschränkt, auf das Verbot der Todesstrafe hinzuweisen, das freilich nicht zufällig – und ja auch erst lange nach den Nürnberger Urteilen – im Grundgesetz festgeschrieben worden war. Wohlgemerkt: Ich bin kein Verfechter der Todesstrafe, aber es stimmt doch nachdenklich, dass von Seiten der christlichen Kirchen während ihres vehementen Eintretens für die zum Tode verurteilten Einsatzgruppenführer nie prinzipielle Argumente gegen die Todesstrafe, sondern immer nur angebliche Verfahrensmängel et cetera geltend gemacht worden sind.

MÖLLER: Wir haben bisher vorwiegend darüber gesprochen, wie die beiden deutschen Staaten jeweils *für sich* mit der NS-Vergangenheit umgegangen sind. Welche Rolle spielte dabei aber die Auseinandersetzung mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in dem jeweils *anderen* deutschen Staat?

FREI: Für die DDR war es ganz sicher – nach innen wie nach außen – von großer propagandistischer Bedeutung, dass man sich selbst als einen antifaschistischen „Arbeiter- und Bauernstaat“ darstellen und demgegenüber die Bundesrepublik als „Hort des Klerikalfaschismus“ bezeichnen konnte. Die Kampagne gegen die personelle NS-Kontinuität im Bereich der westdeutschen Justiz, wo ja in der Tat nach der ersten Phase der politischen Säuberung fast alle Beamte und namentlich eben auch Richter und Staatsanwälte wieder in ihre Ämter zurückgekehrt sind, war besonders effektiv. Wenn man von „Hitlers Blutrichtern in Adenauers Diensten“ sprechen konnte, dann war das propagandistisch ungeheuer wirkungsvoll. Und, wie gesagt, es war gar nicht mal so falsch, wenn es darum ging, die personellen Kontinuitäten festzustellen. Die Perfidie dieses Ostberliner Slogans war natürlich, dass man so tat, als ob in der Bundesrepublik weiterhin und systematisch NS-Recht gesprochen würde. Und das ist genau der Punkt, an dem die prinzipielle Zäsur von 1945 und 1949 eben nicht beachtet, sondern ignoriert worden ist. Für die Bundesrepublik kann man umgekehrt sagen, dass der Hinweis auf den aktuellen Totalitarismus im Osten – gerade vor dem Hintergrund des überwundenen Totalitarismus der Nationalsozialisten – ein propagandistisch besonders wichtiges Instrument war. Und die Tatsache,

dass man sich jetzt als eine neue bürgerliche Demokratie verstand, das wurde in diesem Sinne gegen die DDR ins Feld geführt. Aber dass sich die Bundesrepublik der 50er-Jahre gegenüber der DDR hätte rühmen können, sich besonders intensiv und besonders kritisch mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt zu haben, das kann man nun beim besten Willen nicht sagen. In dieser Hinsicht war die DDR propagandistisch gegenüber der Bundesrepublik ganz klar in der Vorhand.

MÖLLER: Nun gibt es ja nicht nur eine frontale Entgegensetzung beider Systeme beim Umgang mit dem NS-Erbe und bei dessen Instrumentalisierung. Es gibt auch Gemeinsamkeiten, zum Beispiel im Ausblenden wesentlicher Aspekte. Ich denke da insbesondere an den Umgang mit dem rassistischen Kern des Nationalsozialismus, an den ausgeprägten Antisemitismus und damit natürlich auch an den gesamten Komplex der Judenverfolgung und Judenvernichtung.

FREI: Es gibt ganz sicher zunächst einmal die Gemeinsamkeit der Rücksichtnahme auf die Gefühle, auf die Kompromittiertheiten der Masse der ehemaligen NS-Volksgenossen. Darüber haben wir bereits gesprochen. Damit hängt wiederum zusammen, dass in der Tat das, was wir heute Holocaust nennen – die von den Nationalsozialisten so genannte Endlösung der Judenfrage –, erst im Laufe der Zeit stärker ins Bewusstsein gerückt ist. Andererseits muss man auch sehen, dass es schon Mitte der 50er-Jahre in der Bundesrepublik den Riesenerfolg des „Tagebuchs der Anne Frank“ gibt; aber dabei geht es natürlich um ein Einzelschicksal, das nicht so deutlich in den Zusammenhang der systematischen und rassistisch motivierten Vernichtung der Juden gerückt wird, in den es eigentlich gehört. Für die DDR kommt noch hinzu, dass die eigene Faschismusinterpretation es im Grunde genommen gar nicht erlaubt hat, den rassistischen Kern des Nationalsozialismus so sehr in den Vordergrund zu stellen. Ideologisch ging es darum, an der Ausrichtung entlang der Dimitroff-Formel oder ihren späteren Abmilderungen festzuhalten, wonach der Faschismus eine Herrschaftsform des Kapitalismus ist. Insofern musste selbst die Judenverfolgung noch in irgendeinen kapitalismuslogischen Zusammenhang gebracht werden. Damit wurde aber das Entscheidende des nationalsozialistischen Rassismus völlig verfehlt. Umgekehrt gibt es im Westen die Rede vom „Rassenwahn“ der Nationalsozialisten, und die suggeriert, eigentlich hätten alle schon während

der NS-Zeit gespürt, geahnt oder gewusst, dass die rassistischen Vorstellungen der Nationalsozialisten etwas Absurdes gewesen seien, das kaum jemand geteilt habe. Das ist natürlich auch eine Form der Verdrängung und Verkleinerung des rassistischen Kerns des Nationalsozialismus, an den viele wohl eben doch stärker geglaubt haben, als sie sich das hinterher eingestehen mochten.

MÖLLER: Wie positionierten sich die beiden deutschen Staaten denn dann in der Frage der Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus, einerseits prinzipiell und dann auch bezogen auf die unmittelbare Praxis?

FREI: Da könnte der Unterschied eigentlich gar nicht größer sein. Die Bundesrepublik bekennt sich in den frühen 50er-Jahren, namentlich durch Konrad Adenauer, zur Wiedergutmachung in der Tradition dessen, was von Seiten der Alliierten – und hier sind vor allem die Amerikaner zu nennen – schon seit 1945/46 aufs Gleis gesetzt worden war. Also: Entschädigungs- und Wiedergutmachungsgesetzgebung in den Ländern. Das ist ein Weg, der dann auch von der Bundesrepublik nie verlassen worden ist. Das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel aus dem Jahr 1952 ist hier als ein erster Meilenstein zu nennen, dem im Laufe der Jahre und Jahrzehnte vieles weitere folgte.

Die DDR dagegen begreift sich im Grunde genommen selbst als die Wiedergutmachung. Die Tatsache, dass es jetzt diesen antifaschistischen Staat auf deutschem Boden gibt, wenn auch nur auf einem Teil des deutschen Bodens, das ist gleichsam die politische Wiedergutmachung. Möglichkeiten einer Restitution von arisiertem oder politisch Verfolgten abgenommenem Vermögen sind in der SBZ bzw. in der DDR dagegen doch sehr begrenzt. Es gibt ein paar Ausnahmen. In den frühen Jahren des Landes Thüringen kommt tatsächlich noch, maßgeblich durch Hermann Brill in Gang gesetzt ...

MÖLLER: Brill war einen Monat lang, im Juni/Juli 1945, Regierungspräsident Thüringens, verlor das Amt aber, nachdem Thüringen Teil der SBZ geworden war. Er wurde im Jahr darauf Chef der hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden ...

FREI: Richtig, von Brill initiiert kommt also noch ein Wiedergutmachungsgesetz zustande und erlangt auch eine gewisse Bedeutung. Aber vom Grundsatz her will man ja dann den Sozialismus aufbauen und nicht den Kapitalisten – und dazu rechnet man eben auch die jüdischen

Immobilienbesitzer – ihr Eigentum zurückgeben. Das ist eine grundlegend andere Haltung zur Wiedergutmachung und Entschädigung als die im Westen. Interessant ist in diesem Kontext auch noch, dass in der DDR ein Unterschied zwischen den „Opfern des Faschismus“ und den „Kämpfern gegen den Faschismus“ gemacht wird. Letztere verdienen aus DDR-Sicht eine größere Unterstützung als diejenigen, die „nur“ Opfer gewesen sind.

MÖLLER: Eine Hierarchisierung der Opfer also ...

FREI: Eine Hierarchisierung der Opfer, die im Bereich der Wiedergutmachung allerdings auch im Westen – wir sollten da nichts idealisieren – in einer gewissen Weise stattgefunden hat. Man denke nur an die sogenannten vergessenen Opfer der Wiedergutmachungspolitik, die auch im Westen erst relativ spät in das Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit gerückt sind: Sinti und Roma, Homosexuelle, Zwangsarbeiter und andere.

MÖLLER: In den letzten Jahren ist auf Kongressen und in Publikationen viel von der Notwendigkeit zu hören und zu lesen, dass die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR zu einer stärker integrierten deutschen Gesamtgeschichtsschreibung zusammengefügt werden sollten. Inwiefern könnten sich denn dadurch aus Ihrer Sicht neue Erkenntnisse in der Betrachtung des ersten deutsch-deutschen Nachkriegsjahrzehnts und der verschiedenen „Vergangenheitspolitiken“ der beiden deutschen Staaten ergeben? Scheinen Ihnen solche Hoffnungen in irgendeiner Weise gerechtfertigt zu sein?

FREI: Ich selbst habe schon vor 15 Jahren für eine „vergleichende Bewältigungsforschung“ plädiert, und über einige Aspekte davon haben wir ja auch gerade gesprochen. Inzwischen ist da einiges genauer erforscht worden, aber es fehlt noch an der Synthese in Gestalt einer neueren Gesamtdarstellung. Allerdings müssen wir auch sehen, dass die Geschichte der späten 40er- und der 50er-Jahre erst einmal und in der Hauptsache eine Geschichte der Auseinanderentwicklung der beiden Teile Deutschlands gewesen ist – mit dem Höhepunkt dann im Mauerbau 1961 –, und dass sich aus der Dramatik dieser Ereignisse auch die geschichtswissenschaftliche Narratio zu einem wesentlichen Teil bestimmt und bestimmen muss. Ich halte nichts von einer pädagogisierenden oder gar finalisierenden Geschichtsschreibung, die in allem gleichsam immer schon keimhaft 1989 enthalten sehen will.

MÖLLER: Am Ende unseres Gesprächs möchte ich Sie noch um ein vorläufiges Fazit bitten. In der DDR hatte der Staat die Definitionsmacht über den Antifaschismus und bestimmte damit auch, was faschistische und was antifaschistische Haltungen waren und was demzufolge honoriert bzw. sanktioniert werden konnte. In der Bundesrepublik hat sich über die Jahre die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in zum Teil heftig geführten Kontroversen ständig weiter entwickelt, und sie ist – so steht jedenfalls zu vermuten – als gesellschaftliche Kontroverse noch längst nicht beendet. Die Affäre um die geschichtsvergessene Trauerrede des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger auf seinen Vorgänger, den ehemaligen NS-Richter Hans Filbinger, aus dem Jahr 2007 ist zumindest ein deutliches Indiz dafür. Haben wir es also mit einer Art westlicher Erfolgsgeschichte der Aufarbeitung versus einer Misserfolgsgeschichte der DDR zu tun?

FREI: Ich würde vor allem sagen, dass der Unterschied zwischen einer offenen und einer nicht offenen Gesellschaft am Umgang mit dem Nationalsozialismus sehr gut zu studieren ist. Der Antifaschismus der DDR erstarrt eben sehr rasch in Formeln, in bald immer bedeutungsloser werdenden Routinen. Das führt dann bis hin zu dem Phänomen in der späten DDR, dass diese hohlen Antifaschismusformeln gerade von jungen Menschen besonders aggressiv abgelehnt worden sind. In der Bundesrepublik hingegen entwickelt sich in der Tat aus dieser ziemlich finsternen Periode der Vergangenheitspolitik der 50er-Jahre dann doch relativ rasch ein kritischer Impetus derer, die über die diversen Skandale politisiert werden und beginnen, sich damit auseinanderzusetzen. Insofern gibt es schon in den späten 50er-Jahren Ansätze für das, was dann in den 60er- und in den 70er-Jahren die Kritik der „unbewältigten Vergangenheit“ genannt worden ist. Insofern würde ich in der Tat sagen, das ist ein lebendiges Element der politischen Kultur der Bundesrepublik geworden. Martin Broszat hat einmal von dem selbstkritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit als einem der besten Elemente politischer Gesittung in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Ich denke, das sollte uns auch für das größer gewordene Deutschland im Bewusstsein bleiben: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist prinzipiell unabschließbar. Sie verändert sich und muss sich verändern – aber es gibt immer wieder neuen gesellschaftlichen Anlass, sich mit dieser Erbschaft auseinanderzusetzen.

Der Kampf um „Frieden“ und „Freiheit“ in der Systemrivalität des Kalten Krieges

Ein Gespräch mit Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel, Tübingen

MÖLLER: Herr Doering-Manteuffel, der Begriff „Kalter Krieg“ ist in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen, zeichnet sich aber auch durch eine gewisse Unschärfe aus. Deshalb direkt zu Beginn unseres Gesprächs die Bitte um eine kurze Klarstellung. Wie ordnen Sie als Zeithistoriker den Kalten Krieg in die Geschichte ein? Welche signifikanten Zeitabschnitte und Ereignisse lassen sich dabei voneinander abgrenzen?

DOERING-MANTEUFFEL: Der Kalte Krieg hat verschiedene Semantiken, wenn man das so sagen will. Er bezeichnet einmal eine konkrete politische Spannungskonstellation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die etwa von 1947/48 bis in die Mitte der 50er-Jahre reicht und in den Ausläufern sogar bis in die zweite Hälfte der 60er-Jahre gezogen werden kann. Und dann bezeichnet er einen politisch-ideologischen Machtgegensatz zwischen den Ländern des Westens mit marktwirtschaftlicher Ordnung, parlamentarischer Demokratie und pluralistischer Gesellschaft und den Ländern des Ostens mit staatlich gelenkter Wirtschaft, Herrschaft einer Staatspartei und Diktatur durch den politisch-bürokratischen Apparat. Außerdem wird der Begriff oft auch noch auf die Gesamtzeit des Ost-West-Konflikts von 1945/47 bis 1989/90 angewendet. Mir scheint es allerdings sinnvoll zu sein, für den Gesamtzeitraum nur den Terminus Ost-West-Konflikt zu verwenden und den Kalten Krieg auf die Spannungsphasen von 1945 bis Mitte der 50er- oder Anfang der 60er-Jahre und noch einmal auf die Spannungsphase in der Nachrüstungszeit von 1979/80 bis 1989 anzuwenden. Dann hat man das einigermaßen klar gestellt. Und der *ideologische* Kalte Krieg, der bezieht sich in erster Linie auf die Zeit von 1947 bis in die 50er-Jahre und reaktiviert sich interessanter Weise ab 1979/80 noch einmal neu.